

Antworten auf die häufigsten Fragen zur

Polizeireform in Brandenburg

1. Warum ist diese Reform nötig?

Brandenburg wird zukünftig mit deutlich weniger Geld auskommen müssen. Die Entwicklung im Landeshaushalt bestimmt gleichzeitig die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Landesdienst. Schätzungen gehen davon aus, dass im Landeshaushalt für Brandenburg im Jahr 2019 rund zwei Milliarden Euro weniger zur Verfügung stehen - bei steigenden Personalkosten. Es muss also gespart werden, auch bei der Polizei!

2. Warum macht die LINKE die Polizeireform überhaupt mit?

Die Verwaltungsreform, in die sich die Polizeireform einordnet, war einer der Kompromisse, die wir eingehen mussten, um für einen Politikwechsel im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg zu sorgen. Wir haben den Zielzahlen für das Landesverwaltungspersonal von 45.500 im Jahr 2014 und von 40.000 im Jahr 2019 im Koalitionsvertrag zugestimmt, weil wir die SPD nur so dazu bringen konnten die von den LINKEN formulierten Schlüsselprojekte für eine andere Politik in Brandenburg umzusetzen. Das sind u.a. die Einstellung zusätzlicher Lehrer, die Verbesserung des Kita-Betreuungsschlüssels, mehr öffentlich geförderte Arbeitsplätze und vieles mehr. Die Zielzahl 7000 ist eine Festlegung von Rainer Speer, der das Kabinett zugestimmt hat.

3. Ist die CDU der Retter der Polizei?

Nein, sie tut nur so! Die CDU hat den Zielzahlen der Landesbediensteten insgesamt und damit ebenso der Reduzierung der Polizeistellen zugestimmt! Zwar tönte die CDU regelmäßig vor den Wahlen, dass es mit ihr keinen Abbau von Stellen bei der Polizei geben würde. Doch die Realität sah - wie so oft bei der CDU - anders aus. Auch das Personalkonzept der schwarz-roten Koalition bis 2012 sah einen Stellenabbau von 1660 Stellen bei der Polizei vor.

4. Ist die LINKE jetzt ein Wahlbetrüger?

Ein klares Nein! Tatsache ist, dass die LINKE erreicht hat, dass es im Durchschnitt jährlich noch 150 Neu-Einstellungen für altersbedingt ausscheidende Beamte bei der Polizei geben wird. Das ist immerhin die Hälfte der von der Gewerkschaft der Polizei geforderten Einstellungen. Für den Juniorpartner in der Regierung ist das keine schlechte Leistung, wenn man bedenkt, dass der ehemalige Innenminister Speer überhaupt keine Einstellungen bei der Polizei mehr vornehmen wollte. Er ging zunächst von nur noch 5500 Polizistinnen und Polizisten aus.

5. Wie erreicht die Landesregierung überhaupt die Zielzahl?

Die Kommission hat vorgeschlagen, die Struktur der Polizei durch die Zusammenlegung von Polizeieinrichtungen ordentlich zu straffen. Die Aufgaben der Polizei sollen und werden dadurch aber nicht reduziert oder auf andere Behörden verlagert. Der vorgelegte Gesetzentwurf, über den das Parlament zu entscheiden hat, sieht die Zusammenlegung der beiden Polizeipräsidien zu einem Landespolizeipräsidium vor. Dort sollen das LKA, die Landeseinsatzeinheit sowie Teile der Aufgaben der Polizeiabteilung im Innenministerium

integriert werden. Die 15 Schutzbereiche werden zu vier Direktionen mit Sitz in Frankfurt/Oder, Cottbus, Neuruppin und Brandenburg zusammengelegt. An den ehemaligen Sitzen der Schutzbereiche sollen 15 Wachen eingerichtet werden, die sieben Tage in der Woche und 24 Stunden rund um die Uhr besetzt sind. Über die Einrichtung weiterer Wachen muss später der Innenminister entscheiden.

6. Bleibt Brandenburg weiterhin ein sicheres Land?

Ein entschiedenes Ja! Denn entscheidender Punkt für die Polizeipräsenz vor Ort ist, dass die Zahl der 1870 Streifenpolizisten und die der 549 Revierpolizisten nicht reduziert werden soll. Das bedeutet auch – und das ist eine Kernforderung der LINKEN – dass weitere Polizeistandorte als Arbeitsplatz für die Polizistinnen und Polizisten erhalten werden müssen. Egal ob sie fortan Wache, Posten oder anders heißen! Zudem wird sich der Personalabbau durch die natürliche Fluktuation über einen längeren Zeitraum erstrecken. So wird bis zum 2014 mit einer Zahl von ca.7500 Stellen im Polizeidienst gerechnet. Erst später wird die Zahl von 7000 Stellen erreicht. Und selbst dann leistet sich Brandenburg noch mehr Polizistinnen und Polizisten als vergleichbare Bundesländer!

7. Werden die „übrigen“ Polizistinnen und Polizisten oder Verwaltungsbeschäftigte entlassen?

Nein. Es wird keine Entlassungen von Polizeibeamten geben. In den kommenden Jahren werden so viele Beamte in den Ruhestand gehen, dass es sogar Neu-Einstellungen geben muss, um die geplante Zielzahl zu erreichen.

8. Was passiert, wenn meine Wache „gestrichen“ wird?

In der öffentlichen Diskussion wird besondere Aufmerksamkeit auf die derzeit 50 rund um die Uhr besetzten Wachenstandorte im Land Brandenburg gelenkt. Für diese dauerhafte Besetzung der Wachen ist ein erheblicher Personalaufwand notwendig, da in allen Schichten Leitungspersonal in der Wache verbleiben muss, um die Einsätze zu leiten; dieses Personal kann nur bedingt „draußen“ eingreifen. Die weitaus meisten polizeilichen Einsätze erfolgen jedoch nicht von der Wache aus, sondern aus anderen Einsätzen heraus, so dass die Einsatzzeiten in wirklich dringenden Fällen gleich bleiben werden – Polizei funktioniert nicht wie Feuerwehr oder Rettungsdienst! DIE LINKE setzt sich an den Standorten, an denen die Wachen geschlossen werden, für den Erhalt einer geeigneten Polizeipräsenz ein – damit die Einsatzzeiten auf gleichem Niveau bleiben – so können neben den Wachen sog. Polizeiposten eingerichtet werden, die z.B. der Dienstaufnahme und Unterbringung der Dienstwagen dienen.

9. Wie geht es jetzt weiter mit der Polizeireform?

Natürlich bleibt sie weiter in der Diskussion. In den kommenden Wochen wird die parlamentarische Debatte weitergeführt. Experten sowie Vertreter aus den Kommunen werden sowohl in der LINKEN-Fraktion als auch im Innenausschuss des Parlaments angehört. Im Dezember soll dann das Gesetz zur Bildung des Polizeipräsidiums verabschiedet werden. Sollte der Zeit-Fahrplan eingehalten werden, wäre das Jahr 2014 für die Evaluierung der Polizeistrukturreform ein guter Zeitpunkt. Würden sich dann Defizite in der Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit offenbaren, könnten noch rechtzeitig weitere Entscheidungen/Korrekturen zur Personalentwicklung getroffen werden.